Nummer 185

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Freitag, 18. April 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitere Welt", humoristische Wochenbeilage | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — | Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Körper, Berlin-Grunewald. Inseratenteil: H. Hongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöſ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Koch & Seeland
Herren- und Damen-Stoffe
Bekleidung
Gertraudenstr. 20/21.

Vicomt Chibusawa über die amerikanische Einwanderungspolitik.

TU Tokio, 17. April.

Der bekannte japanische Staatsmann und Großindustrielle Vicomt Chibusawa erklärte amerikanischen Pressevertretern in Tokio, daß die Annahme des Einwanderungsgesetzes durch den Kongreß eine Aera der Grausamkeit und der Rachsucht einleiten werde. Seit 70 Jahren hätte Japan alles, was in seinen Kräften gestanden hätte, getan, um die Freundschaft der Vereinigten Staaten zu erhalten. Die Vereinigten Staaten seien eine der mächtigsten und größten Mächte der Welt. Amerikas eigenes Gewissen sei der einzige Zwang, der seinen Handlungen auferlegt werden kann. Keine äußere Macht kann Amerika zwingen. Amerika ist vollständig frei, das zu tun, was ihm beliebt, ohne daß die geringste Möglichkeit einer Einmischung seitens der anderen Mächte besteht. Die jetzige Frage ist daher der Prüfstein der amerikanischen Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Es war Amerika, welches Japan auf die Wege der modernen zivilisierten Zivilisation geführt hat, welches Japan eingeladen hat, aus seiner Zurückgezogenheit hervorzutreten und der Familie der zivilisierten Nationen beizutreten. Darum hätte Amerika niemals, wenn es in Uebereinstimmung mit seinem vorgebrachten Bekenntnis von Gerechtigkeit und Humanität gehandelt hätte, die Japaner durch Gesetzgebung ausschließen dürfen. Jetzt wird ganz Japan wie ein Mann aufstehen und die Amerikaner fragen: Warum hilft Ihr uns denn überhaupt eingeladen, dem Geschäfte der modernen Zivilisation beizutreten?

Japan ist im vorliegenden Falle gänzlich machtlos. Japan kann nichts positives tun, aber es wird tiefen Groll empfinden über die ihm absichtlich vor den Augen der ganzen Welt zugefügte Beleidigung durch eine Nation, deren Loosungswort Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit ist. Ich sage „absichtlich", weil Japan mit der äußersten Gewissenhaftigkeit das Gentlemen-Abkommen beobachtet hat und eine Auswanderung von Einwanderern nach den Vereinigten Staaten verhindert hat. Die Annahme des Gesetzes wird überflüssige Grausamkeit einerseits und gedämpften Groll andererseits hervorrufen.

Ein Dementi Japans.

Die japanische Botschaft teilt mit: Einige größere Berliner Blätter haben kürzlich die Nachricht von einer angeblichen Abmachung zwischen Japan und Rumänien in die Oeffentlichkeit gebracht. Diese Nachricht ist absolut unwahr und entbehrt jeder Unterlage. Der Besuch, den ein japanischer Prinz neulich dem Hofe von Bukarest abstattete, hatte keine politische Bedeutung, er war die Erwiderung des Besuches, den der rumänische Kronprinz dem Hofe in Tokio vor drei Jahren abgestattet hatte. Die jetzt in Umlauf gesetzte Nachricht ist eine Posse „Ente", welche ebensowenig Glauben verdient wie ihre Vorgängerin, nämlich die von einer angeblichen geheimen Verständigung zwischen Japan und einer gewissen Großmacht im Westeuropa. Japan hat keine besondere offene oder geheime Verbindlichkeit politischer Natur gegenüber oder mit irgend einer bestimmten europäischen Macht.

Französisch-japanische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 17. April.

Zu dem gestrigen Besuch des japanischen Botschafters bei Poincaré erklärt Havas, es habe sich nicht um die amerikanisch-japanischen Meinungsverschiedenheiten in der Einwanderungsfrage gehandelt, der japanische Botschafter habe vielmehr Poincaré ersucht, Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich und Japan aufzunehmen, zum Zwecke der Neugestaltung des französisch-japanischen Handelsvertrages, den Frankreich nach dem Kriege gekündigt habe, und der bisher durch stillschweigendes Uebereinkommen von drei zu drei Monaten verlängert worden sei.

Eine russisch-amerikanisch-französische Konferenz im Haag?

Amsterdam, 17. April.

„Algemeen Handelsblad" erfährt, falls die englisch-russischen Verhandlungen zu dem von beiden Regierungen ins Auge gefaßten Ergebnis führen sollten, so werde wahrscheinlich in diesem Sommer im Haag eine Konferenz von Vertretern der Sowjetregierung einerseits und der Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten andererseits stattfinden, um einen Weg zur Wiederherstellung normaler Beziehungen ausfindig zu machen.

London, 17. April.

Reuter meldet aus Moskau: Die Eröffnungsrede Macdonalds auf der englisch-russischen Konferenz hat enttäuscht. „Izwestija" schreibt, unter dem Deckmantel einer Sonntagspredigt verbergen sich die harten Forderungen der englischen Regierung, deren Annahme das ganze kommunistische System über den Haufen werfen würde.

Wie die hiesige griechische Gesandtschaft mitteilt, ist sie von ihrer Regierung beauftragt worden, den Regierungen der Länder, bei denen sie akkreditiert ist, die Errichtung der griechischen Republik und die Ernennung des Admirals Konduriotis zum provisorischen Präsidenten bekannt zu geben.

Die Reparationskommission billigt das Sachverständigen-Gutachten.

Das Kommuniqué der Reparationskommission.

Paris, 17. April.

Die Reparationskommission ist heute nachmittag um 4 Uhr zu einer zweiten offiziellen Sitzung zusammengetreten. Nach Schluß der Sitzung wurde folgendes amtliches Kommuniqué veröffentlicht.

Die Reparationskommission, die sich am 17. April unter dem Vorsitz des Herrn Barthou versammelt hat, hat einstimmig folgendes beschlossen:

1. Die Antwort der Reichsregierung, in der sie ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Sachverständigenkomitees erklärt, wird zur Kenntnis genommen.

2. Innerhalb der Grenzen ihrer Machtbefugnisse billigt die Reparationskommission die in diesen Berichten enthaltenen Schlußfolgerungen sowie die dort vorgeschlagenen Methoden.

3. Der Bericht der Komitees wird den interessierten Regierungen in amtlicher Form zur Kenntnis gebracht werden. Die in den Berichten enthaltenen Schlußfolgerungen, die zur Zuständigkeit der interessierten Regierungen gehören, werden zur Durchführung empfohlen, damit die vorgeschlagenen Pläne sobald wie möglich zur vollen Auswirkung gelangen können.

4. Von der Reichsregierung zu verlangen:

a) In der möglichst kürzesten Frist der Reparationskommission die Gesetzentwürfe und Verordnungen vorzulegen, die zur vollen Durchführung der Sachverständigenvorschläge nötig erscheinen.

b) Den Regierungen und der Reparationskommission die Namen der Mitglieder bekannt zu geben, die die deutsche Regierung und die deutsche Industrie in den Organisationskomitees für die deutschen Eisenbahnen und die Industriehypotheken, wie sie der Bericht des ersten Komitees vorsieht, vertreten sollen.

5. Die Reparationskommission beschloß, in der nächsten Sitzung 10 Mitglieder zur Vertretung der Reparationskommission in den vorgesehenen Organisationskomitees zu ernennen.

6. Die Reparationskommission beschloß endlich, die Maßnahmen zu veranlassen, die nach den Berichten der Sachverständigen von der Reparationskommission zu treffen sind.

Eisenbahn und Sachverständigengutachten.

Der Reichsverkehrsminister Oeser hat gestern die Präsidenten der Eisenbahndirektionen zu einer Besprechung nach Berlin zusammenberufen. Es handelt sich bei dieser Besprechung um die aus den Sachverständigengutachten sich ergebenden Fragen über die künftige Organisation der Reichsbahn.

Ruhrbericht in Brüssel.

EE Brüssel, 17. April.

Der belgische Chefingenieur im Ruhrgebiet Hanecart wird am kommenden Sonnabend in Brüssel eintreffen, um dem Ministerpräsidenten Theunis und dem Außenminister Hymans Bericht über die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet zu erstatten.

Keine Rentenmarkbeträge zur Erfüllung der Mieumverträge.

Mtb Düsseldorf, 17. April.

Eine gestern in verschiedenen Blättern erschienene Essener Meldung zur Verlängerung der Mieumverträge, die davon sprach, daß für die Ruhrindustrie im Zusammenhang mit den Mieumverträgen Rentenmarkkredite in Aussicht genommen sind, wird laut „Kölner Tageblatt" in ihrer Gesamtheit von zuständiger Seite dementiert.

Haftentlassung d'Armonts.

eca Leipzig, 17. April.

Der französische Hauptmann d'Armont, der vor kurzem vom Reichsgericht wegen Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist aus der Haft entlassen worden, um gegen deutsche Gefangene ausgetauscht zu werden. Er ist vom französischen Konsul in Leipzig in Empfang genommen worden und hat am Donnerstag selbst die Reise nach Frankreich in Begleitung eines Regierungsbeamten bis an die Grenze angetreten.

Hierzu meldet W. T. B. folgendes:

Berlin, 17. April.

Wie wir hören, haben im Anschluß an den bekannten Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann Pendaries d'Armond zwischen der deutschen und der französischen Regierung Verhandlungen über den Austausch politischer Gefangenen stattgefunden. Als deren Ergebnis wird zunächst die Freilassung der deutschen Reichsangehörigen Gerdum, Berger, Schwebel, v. Wedelstaedt, Schulte, Pelkum, Minde erfolgen, die zum Teil bereits seit Jahren in Strafanstalten festgehalten werden und deren Strafzeit meist noch lange, in einem Falle bis 1937 läuft.

Annahme der ungarischen Sanierungsvorlage.

Budapest, 17. April.

Die Nationalversammlung erledigte heute abend die Sanierungsvorlage auch in den Einzelheiten, nachdem mit Zustimmung des Ministerpräsidenten mehrere, das Wesen der Vorlage nicht berührende Abänderungen angenommen worden waren. Die Sitzung war um ½10 Uhr zu Ende, nachdem das Haus beschlossen hatte, die formelle Sitzung, die zur Vornahme der dritten Lesung nötig ist, unmittelbar nach Mitternacht abzuhalten, damit das Haus mit Ostersonntag seine Ferien beginnen kann. Nach Aeußerung des Ministerpräsidenten besteht die Absicht, die Nationalversammlung zwischen dem 10. und 15. Mai zur Feststellung der weiteren Beratungsgegenstände einzuberufen. Nach Schluß der Sitzung wurden dem Grafen Bethlen stürmische Ovationen dargebracht.

Budapest, 17. April.

Die Nationalversammlung hat die Sanierungsvorlage mit großer Mehrheit grundsätzlich angenommen.

Der italienisch-schweizerische Zwischenfall vor der Beilegung.

TU Mailand, 17. April.

Der schweizerisch-italienische Grenzzwischenfall wird von der italienischen Presse bereits als beigelegt betrachtet. Der „Popolo Italia" veröffentlicht eine Erklärung des Vertrauensmannes der Faszistenpartei in der Schweiz, daß für die Faszisten keine Tessiner Frage bestehe. Sei eine solche Frage vorhanden, so gehe sie nur Tessin und der Schweiz etwas an.

Ein Arbeitsministerium in Australien.

Perth (Westaustralien), 17. April.

Die Arbeiterpartei hat bei den Wahlen zum Parlament die Mehrheit erhalten und das Ministerium gebildet.

Kleine Nachrichten.

Wegen versuchter Spionage zu Gunsten Frankreichs verurteilte der Senat des Breslauer Oberlandesgerichts den Kraftwagenführer Walter Gottwald aus Oppeln zu 2½ Jahren Gefängnis. Gottwald hatte in Wiesbaden und Köln mit französischen Offizieren deutschfeindliche Beziehungen angeknüpft und ihnen versprochen, Dokumente über die Organisation der Schupo und der Reichswehr auszuliefern.

*

Die Reparationskommission hat in ihrer gestern vormittag abgehaltenen offiziellen Sitzung ein zwischen Rumänien und Ungarn geschlossenes Abkommen ratifiziert, in dem die beiden Mächte gegenseitig von einer Anzahl von Forderungen Abstand nehmen, die sie bei der Regelung des Friedens vorgebracht hatten.

*

Nach dem amtlichen Anzeiger des englischen Arbeitsministeriums betrug am 1. April d. J. der englische Lebenshaltungsindex 73 Prozent über den des Monats Juli 1914 hinaus. Im März betrug er 78 Prozent und 74 Prozent im April des vorigen Jahres.

— **Beamtenabbau in Sachsen.** Wie wir erfahren, ist der Beamtenabbau in Sachsen mit dem 1. April als abgeschlossen anzusehen, obwohl nur 16 Prozent erreicht worden sind. Es ist bei den zuständigen Stellen nichts davon bekannt, daß das Reich eine weitere Entlassung von Beamten fordern wird.

Starke Führer tun uns not!

Die Reichstagswahl steht bevor. Ihr Ergebnis ist unsicher. Es ist möglich, daß nach den Koalitionen Links und der Mitte eine Koalition Rechts in Frage kommt. Nach den Kämpfen, die die bürgerlichen Parteien in sich und gegeneinander in den letzten Wochen geführt haben, ist leider zu befürchten, daß die Regierungsbildung auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Einigen sich die bürgerlichen Parteien bis einschließlich Deutschnationale nicht oder verweigern die Deutsch-Völkischen ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien, so kann es dazu führen, daß eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit überhaupt nicht zu Stande kommt. Teile der Deutsch-Völkischen streben diese Entwicklung an. Was wird aber dann? Die Diktatur ist doch nur die ultima ratio. Will sie nicht nur ein Notbehelf sein, so muß sie nach Versagen der parlamentarischen Regierungsform, nötigenfalls auf dem Wege des Zwanges, eine Regierung schaffen, die — den Parteigeist ausschaltend — die Stetigkeit in der Zielrichtung staatlicher Führung sichert. Das deutsche Volk kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß die Regierungen ständig wechseln und jede Politik auflange Sicht unmöglich wird. Neue Formen müssen dann gefunden werden. Die Gegensätze werden aufeinanderplatzen. Innere Kämpfe von großer Stärke sind zu erwarten. Nur kraftvolle Persönlichkeiten werden diese Krisen überwinden.

So bedeutet der Wahltag und die sich ergebende Regierungsbildung eine Schicksalsfrage für unser Volk.

Die politischen Parteien müssen sich daher schon jetzt sehr ernstlich die Frage vorlegen: was wird nach dem 4. Mai? Der erklärliche Kampf um den Stimmenfang darf die verantwortlichen Führer nicht vergessen lassen, daß die Parteien nach dem Wahltag zum Wohl des Ganzen wieder zusammen arbeiten müssen. Manches frische Blut wird in den Reichstag kommen und die alten parlamentarischen Führer tun gut, wenn sie dies in den Parteien stärker auswirken lassen als das „Parteibonzentum" dies anscheinend jetzt erlauben will. Der alte Reichstag kann sich nicht rühmen, ein ideales Gebilde gewesen zu sein. Gelingt es dem neuen nicht, Führer des Volkes, sondern nur „Ersatzparlamentarier" in die Regierung zu stellen, so wird der Lebenswillen des Volkes mit den parlamentarischen Zuständen bald aufräumen.

Die größte Bedeutung gewinnt die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers. Die Frage nach diesem wird heute überall mit Achselzucken beantwortet. Für die Rechtsparteien wird diese Frage entscheidend werden. Die Enttäuschung muß groß sein, wenn diese Parteien, zur verantwortlichen Staatsführung berufen, keinen Führer von größerem Ausmaß herausstellen können. Gute Absichten genügen nicht. Der starke Wille und eine hohe Zielsetzung sind die Merkmale des Staatsmannes. Persönlichkeiten, die nur „vorgeschoben" sind und keine eigene Linie haben, eignen sich wirklich nicht zur staatlichen Führung.

Das sind Alles Sorgen und Fragen, die sich dem nüchternen Betrachter der Dinge heute aufdrängen und die in den nächsten Wochen entschieden werden.

Es wäre aber falsch, durch diese etwas pessimistischen Erwartungen der Entwicklung der nächsten Zeit sich den Blick dafür trüben zu lassen, daß der Boden unseres Volkstums langsam, aber stetig gesundet. Die angedeuteten Befürchtungen sind nur Nachwirkungen der letzten Jahre und Erscheinungen des Verfalls von

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte
(Nr. 14)

und die illustrierte Wochenbeilage

Das Leben im Bild.